

## Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

### „Abfallwirtschaft 2004“: Der gelbe Sack muss weg!

Zehn Jahre nach der Verabschiedung der Verpackungsverordnung und nach der Einführung des „Gelben Sackes“ zeigt die Realität, dass der eingeschlagene Weg dieser Abfallpolitik keine ökologische Erfolgsgeschichte ist. In Bremen ist die Abfallmenge pro Kopf seit 1992 nicht zurückgegangen; ca. 40 Prozent des Inhalts des „Gelben Sackes“ werden ohne Vorbehandlung deponiert.

Durch technische Innovationen eröffnen sich jetzt neue Möglichkeiten für eine grundlegende Änderung dieser problematischen Situation. Die Wertstoffe, die zurzeit mit dem „Gelben Sack“ des „Dualen Systems Deutschland“ (DSD) eingesammelt werden, könnten wieder über die Restmülltonne entsorgt werden. Mit einer Weiterentwicklung des „Trockenstabilatverfahrens“ würden Kunststoffe und andere Wertstoffe aus der Restmülltonne aussortiert. Es wäre nur noch ein Holsystem für den Restmüll (ohne Glas und Papier) erforderlich. Gravierende Nachteile des jetzigen Systems wären vom Tisch und ein ökologischer Gewinn würde erzielt. Denn auch die Wertstoffe der Restmülltonne, die heute noch verbrannt werden, würden aussortiert.

Es gilt nun, die skizzierte technische Innovation weiterzuentwickeln und nutzbar zu machen, vor allem aus ökologischen Gründen, aber auch wegen der Vermüllung der Stadt.

Auf dem Weg zu einer sinnvolleren Alternative sind zwar noch einige Hürden, wie vor allem die entsprechende Novelle der Verpackungsverordnung, zu nehmen. Im Sinne einer vorausschauenden Politik müssen bei der Entwicklung des Abfallwirtschaftskonzepts 2004 jetzt die Weichen für die Stadt Bremen richtig gestellt werden.

Die Stadtbürgerschaft möge beschließen:

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf:

1. bei der Entwicklung des Abfallwirtschaftskonzepts 2004 die Einbeziehung des Trockenstabilatverfahrens als integralen Baustein der Bremer Abfallwirtschaft zu prüfen,
2. gleichzeitig Weiterentwicklungen des Verfahrens in die Betrachtung einzu beziehen, deren Zielrichtung nicht die Produktion von Ersatzbrennstoffen, sondern die Optimierung der Aussortierung von Wertstoffen ist,
3. auf dieser Grundlage zu prüfen, wie das so modifizierte Trockenstabilatverfahren in das bestehende Vertragsnetzwerk integriert werden kann.

Dr. Karin Mathes, Dr. Helga Trüpel,  
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen